



Dyckmans News

Dezember 2010

Bundestag beschließt den Bundeshaushalt 2011

Der Deutsche Bundestag hat am 26. November 2010 den Bundeshaushalt 2011 und den Finanzplan bis 2014 beschlossen. Damit zeigt die christlich-liberale Koalition ernsthaften Sparwillen. Wir sind es den nachfolgenden Generationen schuldig, Handlungsspielräume für die Aufgaben von morgen zu erwirtschaften, statt immer mehr Schulden zu hinterlassen.

Im Haushalt wird nicht nur gespart, sondern auch zielgerichtet investiert: für mehr Wachstum und Beschäftigung. Dazu gehört auch die Unterstützung der Stadtentwicklung. So fördern FDP und Union trotz Sparzwang auch weiterhin im Rahmen der Städtebauförderung den Ausbau der Innenstädte auf hohem Niveau. Der Leerstand von Ladenflächen wird weiterhin bekämpft, die Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln verbessert und die Versorgung mit den täglichen Dingen des Lebens gefördert.

Die Koalitionsfraktionen haben die Mittel für die Stadtentwicklung im Rahmen der Haushaltsberatungen sogar noch um 150 Mio. Euro auf 455 Mio. Euro im Vergleich zum Regierungsentwurf aufgestockt. Außerdem sind und bleiben Forschung, Bildung und Entwicklung Schwerpunkte von Schwarz-Gelb; hier werden bis 2013 rund zwölf Mrd. Euro mehr investiert. Bildung ist die soziale Frage unserer Zeit. Jedes Kind verdient es, die gleichen Chancen am Start zu haben. Dazu wollen FDP und Union mit diesem Haushalt einen Beitrag leisten.



Liebe Leserin,
Lieber Leser,
ich wünsche Ihnen von
Herzen
geruhsame und
besinnliche
Advents- und
Weihnachtstage und
einen guten Rutsch
ins neue Jahr.

Ihre Mechthild
Dyckmans



Konstituierende Sitzung des Drogen- und Suchtrats



Konstituierende Sitzung des
Drogen- und Suchtrats

Der Drogen- und Suchtrat der 17. Wahlperiode hat in seiner konstituierenden Sitzung am 10. November 2010 seine Arbeit aufgenommen. Der Drogen- und Suchtrat ist ein beratendes Gremium der Drogenbeauftragten der Bundesregierung. Er setzt sich zusammen aus Experten und Sachverständigen aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Verbänden und Einrichtungen des Gesundheitswesens. Vorsitzende des Drogen- und Suchtrats ist die Drogenbeauftragte der Bundesregierung. In seiner ersten Sitzung hat der Drogen- und Suchtrat ausführlich über seine Aufgaben, Zielsetzungen und zu behandelnde Themenbereiche beraten und seine Geschäftsordnung verabschiedet. Außerdem wurden die Arbeitsgruppen

"Suchtprävention" und "Schnittstellen in der Versorgung Suchtkranker" eingesetzt. *"Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit diesem sehr kompetent besetzten Gremium, das mich bei meiner Arbeit unterstützen wird,"* so die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Mechthild Dyckmans.

Sicherheitslage in Deutschland

Ein weiteres Thema in den letzten Wochen war die erhöhte Bedrohungslage in der Bundesrepublik. Wir Liberalen lehnen sinnlose Gesetzesverschärfungen im Namen der Terrorbekämpfung ab. Das stellten auch der rechtspolitische Sprecher Christian Ahrendt der FDP-Bundestagsfraktion und Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in der Debatte zum Justizetat klar. „Die Freiheit verträgt keine weiteren Sperrgitter“, sagte Ahrendt. Eine Forderung, die angesichts der aktuellen Sicherheitslage immer wieder laut wird, ist die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung, die das Bundesverfassungsgericht im März ausgesetzt hatte. Die Bundesjustizministerin sieht jedoch, wie die Verfassungsrichter, keinen Sinn in anlassloser Datenspeicherung. Die FDP-Fraktion habe daher ein Kompromissangebot zur Vorratsdatenspeicherung vorgelegt: „Anlassbezogene Datenspeicherung statt massenweiser Datensammlung“. Darüber werde man jetzt „konstruktiv miteinander reden“, kündigte die Ministerin an.



Bundesrat beschließt Winterreifenpflicht



Der Bundesrat verabschiedete eine Verordnung, wonach für Autofahrer bei Eis und Schnee seit dem 4. Dezember 2010 eine Pflicht zu einer für winterliche Straßenverhältnisse geeigneten Bereifung besteht. Dies können auch Ganzjahresreifen sein, wenn sie den entsprechenden Anforderungen einer europäischen Regelung genügen. Die bisherigen Regeln hatte ein Gerichtsurteil im Sommer für zu vage und damit für verfassungswidrig erklärt. Für die weitesten Autofahrer, die in der kalten Jahreszeit bereits mit Winter- oder Ganzjahresreifen unterwegs sind, ändert sich nichts. Wer jedoch mit seinem Pkw bei Glatteis, Schneeglätte, Schneematsch, Eis- oder Reifglätte etwa mit Sommerreifen unterwegs ist, muss künftig mit einem Bußgeld von 40 Euro rechnen.

Bundestag verabschiedet Neuordnung der Sicherungsverwahrung

Der Bundestag hat am 2. Dezember 2010 das Gesetz zur Neuordnung der Sicherungsverwahrung mit den Stimmen von Union, FDP und SPD verabschiedet. Damit wird ein bislang sehr unübersichtlicher Komplex erstmals seit 1970 grundlegend reformiert. Die Sicherungsverwahrung ist eine freiheitsentziehende Maßregel der Besserung und Sicherung. Sie soll dazu dienen, die Allgemeinheit vor gefährlichen Straftätern zu schützen. Die rechtsstaatlich umstrittene und vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) kritisierte *nachträgliche* Sicherungsverwahrung ist nun weitgehend abgeschafft. Dafür wird vor allem die vorbehaltene Anordnung der Sicherungsverwahrung ausgeweitet. Dadurch können notorisch gefährliche Schwerverbrecher künftig bei der Verurteilung besser erfasst werden. Die vorbehaltene Sicherungsverwahrung wird einen zusätzlichen Druck auf den Straftäter entfalten, damit dieser während der Haftzeit aktiv an seiner Resozialisierung mitwirkt und zum Beispiel eine therapeutische Behandlung wahrnimmt. Dabei ist im Rahmen der Reform der Katalog für die Anlasstaten präzisiert gefasst worden. Im Zentrum steht der Schutz von Leib und Leben – Serienbetrüger, Diebe oder Urkundenfälscher sind kein Fall für die Sicherungsverwahrung. Die grundlegende Neuordnung der Sicherungsverwahrung wird ergänzt durch die Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (Fußfessel) sowie durch ein neues Gesetz zur Therapie und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter. Dieses Gesetz kann künftig für die Fälle angewendet werden, die infolge des Urteils des EGMR aus der Sicherungsverwahrung entlassen wurden oder werden. Damit ist es auch künftig in Einzelfällen möglich, psychisch gestörte und weiterhin gefährliche Gewalt- und Sexualstraftäter nach doppelter Begutachtung in geeigneten Einrichtungen unterzubringen, um sie dort zu therapieren. So werden einerseits die rechtsstaatlichen Grundsätze gewahrt und andererseits die Bevölkerung vor gefährlichen Tätern geschützt.

„Damit alle in Kassel eine Zukunft haben“ - FDP-Wahlprogramm beschlossen

Die Mitglieder des FDP-Kreisverbandes Kassel Stadt haben auf ihrer Mitgliederversammlung am 29. November einstimmig das Programm zur Kommunalwahl beschlossen. In der nun zu Ende gehenden Legislaturperiode war die FDP die einzige Partei, die eine konstruktive Oppositionsarbeit geleistet hat. Diese Konstruktivität spiegelt sich nun auch in dem neuen Wahlprogramm für die kommende Legislaturperiode wider.

Im Mittelpunkt der politischen Arbeit der Liberalen stehen zuerst die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Kassel. Schwerpunkte bilden die Wirtschaftspolitik, Kunst und Kultur sowie die Stadtentwicklung. Dies alles, ohne eine solide Finanzpolitik aus den Augen zu lassen. Mit diesem Programm als Arbeitsgrundlage ist die FDP Kassel in der Lage und Willens, politische Verantwortung für die Zukunft der Stadt Kassel zu übernehmen.



Impressum

Büro im Bundestag:
Mechthild Dyckmans, MdB
Drogenbeauftragte der Bundesregierung
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-71475
Fax: 030-227-76475
www.dyckmans.de

Wollen Sie die „Dyckmans News“ per Email erhalten oder an Freunde weiterleiten?
Dann schreiben Sie uns eine Email an:
mechthild.dyckmans@bundestag.de.

Termine

17. - 21. Januar 2011
Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

22. Januar 2011
Sitzung des FDP-Landesvorstandes Hessen
in Gießen-Kleinlinden.

23. Januar 2011
Neujahrsempfang der FDP Region Kassel
Ehregast: Dr. Wolfgang Gerhardt, MdB.

24. - 28. Januar 2011
Sitzungswoche des Deutschen Bundestages